

EUROCITIES Stellungnahme zur Einbeziehung der Roma in Städten

Gleichheit und Nichtdiskriminierung sind zwei der Grundwerte der Europäischen Union. Die *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*¹ verbietet jede Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft und seine Kapitel über Freiheiten und Solidarität schaffen das Recht auf Bildung, Gesundheitsvorsorge und medizinische Behandlung. Die Charta garantiert auch die Achtung der kulturellen, religiösen und sprachlichen Vielfalt in den EU-Mitgliedsstaaten. Doch trotz der Existenz dieses offiziell gültigen rechtlichen Rahmens in Bezug auf Antidiskriminierung und Menschenrechte in Verbindung mit dem *EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020*², sind Diskriminierungen der Roma nach wie vor weit verbreitet in ganz Europa. Als größte Minderheit Europas erleben sie weiterhin rassistisch motivierte Übergriffe und Antiziganismus.

Viele Roma in europäischen Städten leben in Armut und leiden unter sozialer Ausgrenzung. Innereuropäische Mobilität und die Migration der Roma von Ost nach West haben die Schwachstellen des bestehenden EU-Rahmens noch verschärft. Zum Beispiel werden den Roma häufig der Zugang zu Dienstleistungen verweigert, die für andere EU-Bürgerinnen und Bürger offen zugänglich sind. Ein Grund dafür ist, dass sie häufig keinen festen Wohnsitz angeben können und somit nicht die Voraussetzungen für einen längeren Aufenthalt in einem anderen EU-Mitgliedstaat erfüllen. In dem EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 wird verdeutlicht, dass die Einbeziehung der Roma ein gemeinsames Anliegen in ganz Europa ist, vor allem in den Städten.

Rolle der Städte

Die Städte spielen eine entscheidende Rolle, um die Rechte der schwächsten Bürgerinnen und Bürger, einschließlich ethnischer Minderheiten zu schützen und können dazu beitragen **soziale Ausgrenzung der Roma in Europa signifikant zu verringern**³. Dazu gehört die eloquente Umsetzung der Initiativen in unseren Städten. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass von unseren Maßnahmen nicht nur die lokale Bevölkerung profitiert, sondern alle Roma.

Der Rat der Europäischen Union verabschiedete am 9. Dezember 2013 eine Empfehlung für

¹ http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf, 14.10.15

² <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0173:FIN:DE:PDF>, 14.10.15

³ Städte arbeiten in verschiedenen Kontexten. Bei manchen sind Roma nicht als Minderheit in ihren Städten aufgeführt, während für andere, die Roma-Bevölkerung eine neue Gruppe mobiler Europäer darstellt, welche in besonderem Maße schutzbedürftig, benachteiligt und arm ist. Roma, die keine EU-Bürgerinnen oder Bürger sind (meistens aus dem Westbalkan) werden als Drittstaatsangehörige, oft als Asylsuchende oder irreguläre Migrantinnen und Migranten kategorisiert. Rechte und Ansprüche dieser Gruppe sind unterschiedlich und Städte verfügen nicht immer rechtliche Weisungsbefugnisse über sie.

wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma in den Mitgliedstaaten⁴. Es werden politische Initiativen zur Einbeziehung der Roma gefordert, welche von den Mitgliedstaaten in enger Zusammenarbeit mit den Städten umgesetzt werden sollen.

Wir bemühen uns um ein menschenwürdiges Leben für alle durch die Bereitstellung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu Dienstleistungen im den Bereichen Bildung, Gesundheit, Ausbildung, Beschäftigung und Wohnraum.

Städtische Vertreter können, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen entwickeln und implementieren, um einen gleichberechtigten Zugang für Roma zu den Programmen und Dienstleistungen zu garantieren. Zu diesen möglichen Maßnahmen gehören unter anderem:

- Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu Sozialwohnungen, Arbeits- und Gesundheitsdienstleistungen, zu denen Roma leistungsberechtigt sind. Es muss sichergestellt werden, dass die spezifischen Bedürfnisse der Roma verstanden und von Dienstleistern erfüllt werden.
- Sicherstellen, dass Roma nicht unter Diskriminierungen leiden und gewährleisten, dass es eine Verteilungsgerechtigkeit in Bezug auf die städtischen Dienstleistungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern gewährt werden, gibt.
- Die notwendigen Schritte unternehmen, dass Qualität im Bildungsbereich und gleicher Zugang zu Regelschulen für Roma-Kinder sichergestellt wird.
- Ermutigende, sinnvolle Beteiligung der Roma-Communities bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Einbeziehung sowie Unterstützung zur Selbstorganisation.
- Vollständige soziale Einbeziehung der Roma in unsere Gesellschaften und Annäherung von Roma und Nicht-Roma.
- Verbreitung des Engagements der Städte für Chancengleichheit, um negative Stereotypen über Roma zu beseitigen.

Die städtischen Behörden können sich gegenseitig unterstützen, indem bewährte Verfahren und Maßnahmen in ganz Europa verbreitet werden. Diese Verfahren enthalten:

- Entwicklung und Teilnahme an gegenseitigem Lernen und Austausch mit den europäischen Institutionen, den nationalen und regionalen Regierungen und anderen Städten.
- Die Förderung der sozialen Innovation und gute Regierungsführungen in diesem Sektor.
- Die Entwicklung der dezentralen Zusammenarbeit zwischen den aufnehmenden Städten und

⁴ http://ec.europa.eu/justice/discrimination/roma/index_de.htm, 14.10.2015

den Heimatstädten oder -regionen der Roma, um zur lokalen Wirtschaft und sozialen Entwicklung beizutragen.

- Unterstützung des Kampfes gegen strukturelle Diskriminierungen von Roma durch systematische Initiativen, wie kommunale Antidiskriminierungspläne für Roma, Sensibilisierungskampagnen, Ausbildung der Polizei, Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern.
- Die nationalen Regierungen und nationalen Kontaktstellen, die die Integration der Roma fördern, sollen zusammenarbeiten um die lokale Umsetzung des EU-Rahmens Roma zu fördern und Schwachstellen anzusprechen.
- Umsetzung dieser Initiativen im Geiste des zweiten '*Gemeinsamen Grundprinzips für die Einbeziehung der Roma*', welches besagt: „gezielte Strategien ohne ausschließenden Charakter“⁵ - Fokussierung auf Roma als Zielgruppe, aber ohne den Ausschluss derjenigen, die die gleichen sozioökonomischen Bedingungen teilen.
- Ausreichende Ressourcen für die Ziele der Einbeziehung der Roma bereitstellen, wie die Erhöhung der Mittel aus europäischen und nationalen Fonds für dieses Arbeitsgebiet.

Wir empfehlen, dass die Europäischen Institutionen:

- Den Antidiskriminierungsrahmen der EU vollständig durch die Mitgliedstaaten umsetzen.
- Die Mitgliedstaaten bei der Einhaltung der Empfehlung des Rates über wirksame Integration der Roma, verabschiedet im Dezember 2013, durch Belege und Engagement der Akteure in der Umsetzung der Einbeziehung der Roma unterstützen.
- Maßnahmen zum strukturellen Austausch zwischen Städten, Regionen und Mitgliedstaaten implementieren sowie gegenseitiges Lernen und den Aufbau von Kapazitäten zur Einbeziehung der Roma fördern.
- Ausreichend finanzielle Mittel für die soziale Einbeziehung der Roma bereitstellen, einschließlich aller mobiler EU-Bürgerinnen und Bürger, die Unterstützung benötigen.

Wir empfehlen auch, dass alle EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländer:

- Das Engagement für ihre gezielten Maßnahmen einhalten, um die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen Roma und der übrigen Bevölkerung anzugleichen. Zentraler Punkt ist die Bereitstellung ausreichender Ressourcen für die Umsetzung der nationalen Roma-Strategien.

⁵ Ratsdokument 10394/09, <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2010394%202009%20INIT>, 14.10.15

- Lokale Akteure in jeder Phase der Umsetzung der Einbeziehung der Roma einbinden, einschließlich der Städte und der Roma-Vertreter. Die Politikbereiche, die sich auf den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beziehen, wie Wohnen, Bildung, Gesundheit und Beschäftigung stehen im Fokus.

In Anerkennung der nationalen Zuständigkeiten auf dem Gebiet der sozialen Einbeziehung und den unterschiedlichen Situationen in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern, unterstreichen wir die dringende Notwendigkeit eines partnerschaftlichen Ansatzes. Als

Hauptdienstleister für die Roma sollten die städtischen Behörden durch die nationalen und die europäischen Institutionen unbedingt beteiligt werden.

Die kontinuierliche und systematische Einbeziehung der Städte und deren Kommunen ist zwingend notwendig, um eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Einbeziehung der Roma in Europa zu gewährleisten. Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen sollen die verantwortlichen Akteure in Europa zu der Lösung dieser Aufgabe befähigen und unterstützen.